

Konzeptpapier: Effektiver Schutz des Bundesverfassungsgerichts

Einleitung

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ist eine der zentralen Institutionen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland.

Angesichts wachsender Herausforderungen durch extremistische Parteien und potenziellen Sperrminoritäten bedarf es eines klaren, effektiven Schutzkonzepts, um die Unabhängigkeit, Funktionsfähigkeit und Integrität des Gerichts langfristig zu sichern.

Dieses Konzeptpapier stellt konkrete Maßnahmen vor, um das BVerfG vor parteipolitischer Einflussnahme und extremistischen Angriffen zu schützen.

Es soll als Ergänzung zum Gesetz Entwurf dienen, der doch einige Lücken aufweist.

Ziele des Konzepts

1. Sicherung der Unabhängigkeit des Gerichts und seiner Richter.
2. Schutz der institutionellen Struktur und Funktionsweise vor Angriffen.
3. Begrenzung der Einflussmöglichkeiten extremistischer Akteure.
4. Verhinderung von Blockaden durch Sperrminoritäten.
5. Sicherstellung der Langzeitstabilität und Funktionsfähigkeit.

Maßnahmenvorschläge

1. Unabhängige Richterwahl

- Einrichtung eines unabhängigen Auswahlgremiums, bestehend aus:
 - Verfassungsrechtlern,
 - ehemaligen Verfassungsrichtern,
 - Vertretern der Zivilgesellschaft.
- Der Bundestag und der Bundesrat hätten lediglich eine Bestätigungsfunktion.
- Transparente Kriterien für Kandidaten:
 - Juristische Qualifikation und herausragende Integrität.
 - Keine enge Bindung an parteipolitische Organisationen.

Vorteile:

- Verhindert parteipolitische Einflussnahme auf die Wahl.
- Extremistische Parteien könnten den Prozess nicht blockieren.

2. Verankerung der Gerichtsstruktur im Grundgesetz

- Fixierung der Struktur des Gerichts:
- Zwei Senate mit jeweils acht Richter:innen.
- Amtszeit von zwölf Jahren ohne Wiederwahl.
- Altersgrenze bei 68 Jahren.
- Schutz vor institutionellen Angriffen:
- Es wird verfassungsrechtlich ausgeschlossen, die Struktur des Gerichts durch einfache Gesetzesänderungen zu verändern.

Vorteile:

- Langfristige Stabilität der Gerichtsstruktur.
- Verhindert gezielte Umbauten durch extremistische Mehrheiten.

3. Verhinderung von Blockaden durch Sperrminoritäten

- Absenkung der Mehrheitserfordernisse für die Richterwahl:
- Qualifizierte Mehrheit von 60 % statt einer Zweidrittelmehrheit.
- Einführung eines automatischen Entscheidungsmechanismus, wenn die Wahl blockiert wird.
- Nach drei gescheiterten Wahlgängen entscheidet ein neutrales Gremium oder das Bundespräsidium.

Vorteile:

- Blockaden durch Sperrminoritäten werden effektiv verhindert.
- Entscheidungsprozesse bleiben handlungsfähig.

4. Begrenzung extremistischer Einflussmöglichkeiten

- Einführung von Regeln, die Parteien mit nachgewiesenen verfassungsfeindlichen Zielen von bestimmten Mitbestimmungsprozessen ausschließen:
- Z. B. durch Feststellungen des Verfassungsschutzes.
- Ergänzung eines Sicherheitsmechanismus:
- Bei Blockaden durch eine extremistische Sperrminorität entscheidet ein unabhängiges Gremium.

Vorteile:

- Extremistische Parteien werden gezielt ausgeschlossen, ohne demokratische Prozesse zu beeinträchtigen.
- Schutz des Gerichts vor destruktiver Einflussnahme.

5. Stärkung der funktionalen Unabhängigkeit

- Budgetautonomie:
- Das BVerfG erhält ein gesetzlich geschütztes, eigenständiges Budget, das nicht durch den Bundestag gekürzt werden kann.
- Eigene Verwaltungsstruktur:
- Eine unabhängige Verwaltungsorganisation verhindert Abhängigkeiten von anderen staatlichen Stellen.

Vorteile:

- Sicherung der Unabhängigkeit des Gerichts in organisatorischen und finanziellen Fragen.
- Verhindert indirekte Einflussnahmen durch Budgetkontrolle.

6. Schutz vor verfassungswidrigen Angriffen

- Einführung eines erweiterten Veto-Rechts des BVerfG bei Gesetzesvorhaben, die die Unabhängigkeit des Gerichts oder die Gewaltenteilung gefährden.
- Verankerung der Bindung an internationale Rechtsstandards, ähnlich der EU-Rechtsstaatlichkeitsprüfung.

Vorteile:

- Schützt das Gericht vor Angriffen durch verfassungswidrige Mehrheiten.
- Stärkt die internationale Rechtsstaatlichkeit Deutschlands.

Umsetzungsplan

1. Gesetzgebungsverfahren:

- Ausarbeitung eines Verfassungsgesetzes, das die vorgeschlagenen Änderungen umsetzt.
- Enge Zusammenarbeit mit Rechtsexperten und Verfassungsrechtlern.

2. Beteiligung der Zivilgesellschaft:

- Einrichtung eines öffentlichen Dialogs, um Vertrauen und Akzeptanz in der

Bevölkerung

zu fördern.

3. Schrittweise Implementierung:

- Die Maßnahmen werden in mehreren Phasen eingeführt, um die Übergänge

reibungslos

zu gestalten.

Zusammenfassung des Konzepts:

Dieses Konzeptpapier bietet einen umfassenden Rahmen zum Schutz des Bundesverfassungsgerichts.

Durch gezielte Maßnahmen wird sichergestellt, dass das BVerfG seine Rolle als Hüter der Verfassung und der Demokratie auch in Zukunft uneingeschränkt wahrnehmen kann.

Die vorgeschlagenen Änderungen kombinieren institutionelle Reformen, Schutz vor extremistischen Einflüssen und die Sicherstellung der langfristigen Funktionsfähigkeit des Gerichts.

Damit wird das BVerfG nicht nur gegen aktuelle Bedrohungen abgesichert, sondern auch als stabile Säule der Demokratie gestärkt.

Ende des Konzepts

-AfDexit 01.12.2024-

| AfDexit | <https://afdexit.de> | kontakt@afdexit.de |